

#childprotect_on – Europaweite Umfrage belegt: Die Öffentlichkeit fordert Maßnahmen der EU zum Schutz von Kindern im Internet

Utl.: Im Spannungsfeld zwischen online Privatsphäre und Kinderschutz im Netz

Amsterdam, Wien, 17. November 2021 – ECPAT, das weltweit größte Netzwerk, das sich gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern einsetzt, hat heute europaweit die Ergebnisse einer [Umfrage](#) veröffentlicht, die in acht Ländern der Europäischen Union durchgeführt wurde und in der die Einstellung der Öffentlichkeit zum Online-Kinderschutz abgefragt wurde. Die Umfrage zeigt, dass die Befragten glauben, dass das Internet für Kinder nicht sicher ist, und dass sie bereit wären, ihre Privatsphäre aufzugeben, um den Schutz für Kinder zu erhöhen.

Europäische Union prüft, den Erlass von Rechtsvorschriften, die Technologieunternehmen verpflichten, automatisierte Tools zur Erkennung von sexueller Ausbeutung und Missbrauch von Kindern im Internet, einzusetzen.

Ende 2020 wurden Technologieunternehmen, die freiwillig spezielle Tools zur Erkennung von sexueller Ausbeutung und Missbrauch von Kindern im Netz einsetzten, durch das Inkrafttreten der [Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation](#) in eine rechtliche Grauzone gebracht. Daraufhin stellten einige Technologieunternehmen die Suche nach Bildern von sexuellem Missbrauch und Ausbeutung von Kindern auf ihren Plattformen ein, wodurch bereits in den ersten drei Monaten danach ein [Rückgang von Meldungen aus EU-Ländern um 58 %](#) zu verzeichnen war. Seit Juli 2021 erlaubt es [eine befristete Übergangsregelung](#) den Technologieunternehmen das Screening mithilfe automatisierter Tools wieder aufzunehmen. Einige haben damit jedoch nicht wieder begonnen.

Die Europäische Union prüft daher derzeit, ob neue Rechtsvorschriften erlassen werden sollen, die Anbieter von Online-Diensten (z. B. Social-Media-Plattformen) verpflichten, automatisierte technologische Hilfsmittel einzusetzen, um kontinuierlich die persönlichen Aktivitäten aller Nutzer:innen auf der Plattform zu überprüfen und nach Anzeichen für sexuelle Ausbeutung und Missbrauch im Internet zu suchen. Dies bedeutet jedoch, dass die Nutzer:innen einen Teil ihrer Privatsphäre preisgeben, da die Tools Bilder und Nachrichten zum Schutz von Kindern scannen. „*Datenschutzgesetze sollten dazu da sein, Bilder eines vergewaltigten Kindes zu finden, zu melden und zu löschen. Sie sollten es einem/r Täter:in nicht erleichtern, sich via Internet an ein Kind heranzumachen*“, appelliert Mag.a Astrid Winkler, Geschäftsführerin von ECPAT Österreich, im Rahmen eines Pressegesprächs an die Verantwortlichen auf EU Ebene.

Umfrage in acht großen Ländern Europas liefert Argumente und Zustimmung für rechtliche Regelung auf EU Ebene zum Einsatz von automatisierten Tools zum Schutz von Kindern im Netz

Die von ECPAT International in Zusammenarbeit mit ihrem Mitglied Defence for Children – ECPAT Niederlande in Auftrag gegebenen qualitativen und quantitativen Untersuchungen basierten auf repräsentativen Befragungen von Erwachsenen in Frankreich, Deutschland, Ungarn, Italien, den Niederlanden, Polen, Spanien und Schweden. Die Studie zeigt eine breite öffentliche Zustimmung (68 %) für den Einsatz technischer Hilfsmittel zur Identifizierung von Missbrauchsdarstellungen an Kindern im Internet und für die Etablierung gesetzlicher Rahmenbedingungen durch die Europäische Union zur Verbesserung der Sicherheit von Kindern im Netz.

Zu den wichtigsten Ergebnissen der Umfrage zählten:

- 76 Prozent der Befragten sind bereit, einen Teil ihrer persönlichen Privatsphäre im Internet aufzugeben, damit automatisierte technologische Hilfsmittel Bilder von sexuellem Kindesmissbrauch und andere Formen der sexuellen Ausbeutung von Kindern scannen und erkennen können.
- Durchschnittlich 73 % der Erwachsenen glauben, dass Kinder sich nicht im Internet aufhalten können, ohne von Erwachsenen angesprochen zu werden, die ihnen schaden wollen.
- 68 % der Befragten in den acht Ländern unterstützen die Pläne der Europäischen Union, neue Rechtsvorschriften für private Unternehmen zur Aufdeckung von Material über sexuellen Kindesmissbrauch auf deren Plattformen zu erlassen (Deutschland (65%), Italien (75 %), Spanien (75 %), Niederlande (72 %)).

„Die meisten Befragten in den qualitativen Umfragegruppen wussten nicht, dass es Hash-Erkennungs- oder Anti-Grooming-Tools gibt. Sobald sie von diesen Tools erfuhren, zeigten sie sich wütend darüber, dass diese nicht ständig eingesetzt und automatisch eingeschaltet wurden und plädierten für deren fixen automatisierten Einsatz, auch wenn ihre Daten zu diesem Zweck gescannt werden“, erklärt Dorothea Czarnecki, stellvertretende Geschäftsführerin von ECPAT International.

Forderung nach einheitlicher gesetzlicher Verpflichtung durch die EU

Die Botschaft aus einigen der größten Länder der Europäischen Union, der sich ECPAT Österreich voll inhaltlich anschließt, ist somit eindeutig: Die Öffentlichkeit will, dass auf EU Ebene Maßnahmen zum Schutz von Kindern im Internet ergriffen werden. Online-Plattformen sollen von der Europäischen Union gesetzlich dazu verpflichtet werden, dass sie automatisierte Tools, die helfen können, die Sicherheit für Kinder im Internet zu erhöhen, immer automatisch aktiviert haben.....#childprotect_on

Zur Langversion der Presseinformation und zu den Umfrageergebnissen im Detail:

[Presseseite ECPAT Österreich](#)

Rückfragehinweis:

Mag.^a Astrid Winkler

Geschäftsführerin ECPAT Österreich

Mobil: +43 (0)6991 923 76 02

Email: winkler@ecpat.at

Web: www.ecpat.at